

An die
Adressaten
gemäss Liste am Schluss

Altdorf, 2. Juli 2015 / pH

Ergebnis der Vernehmlassung zum Vorschlag für die zukünftige Finanzierung im Bereich der Sonderpädagogik; ein herzliches Danke und weiteres Vorgehen

Sehr geehrte Damen und Herren

Landrat Toni Epp, Silenen, reichte am 23. Oktober 2013 eine Motion „zu Anpassung der Verordnung über das sonderpädagogische Angebot im Kanton Uri“ ein. Der Landrat erklärte die Motion am 19. Februar 2014 für erheblich.

Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 31. März 2015 einen Bericht für die Vernehmlassung frei gegeben und die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) mit der Durchführung der Vernehmlassung beauftragt. Die Vernehmlassung dauerte vom 1. April bis zum 31. Mai 2015. Das Ergebnis der Vernehmlassung lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Allgemeine Bemerkungen

Die meisten Gemeindestellungnahmen lauten zusammenfassend: Es ist positiv, dass die Motion Epp nicht im engeren Sinne umgesetzt werden soll. Der vom Kanton favorisierte Ansatz löst die Problematik indessen nicht zufriedenstellend, da die fiskalische Äquivalenz verletzt wird und damit die Schaffung einer neuen Verbundaufgabe dem Grundgedanken der NFA zuwiderläuft.

Beurteilung des Lösungsvorschlages allgemein

Der Grossteil der Vernehmlassenden beurteilt den Vorschlag als nicht optimal. Die Mischfinanzierung wird als kompliziert eingeschätzt. Die Verbundaufgabe widerspreche dem NFA Prinzip. Folgende Vernehmlassende beurteilen den Vorschlag positiv: Gemeinderat Gurnellen und Gemeinderat und Schulrat Isenthal, Schulrat Andermatt, Schulrat Attinghausen, Kreisschulrat Seedorf, SP Uri, KoBur¹, stiftung papilio, VSL, LUR.

¹ Konferenz für Behindertenfragen

Meinung zu den Rahmenbedingungen

Alle Vernehmlassenden sind mit Ausnahme der Rahmenbedingung „Der Anteil an der Finanzierung von Kanton und Gemeinden wird gesamthaft nicht verändert.“ einverstanden. Vor allem die Gemeinden, aber auch die FDP sprechen sich dafür aus, dass der Kanton zukünftig einen grösseren Anteil der Kosten übernimmt, bzw. dass der Anteil sich durchaus zu Lasten des Kantons verschieben kann, wenn dies gute Lösungen ermöglicht.

Zu den einzelnen Lösungsansätzen

Nachfolgend die Meinung zu den möglichen Lösungsansätzen:

Lösung	eher positiv	eher negativ
1. <u>Motion Epp</u> Beibehaltung des heutigen Systems mit Wiedereinführung der Regel, wonach der Kanton 50 Prozent der Kosten übernimmt (direkte Umsetzung Motion Epp)	GR und SR Erstfeld, SR Attinghausen	Rest der Vernehmlassenden
2. <u>Solidaritätsfonds</u> Beibehaltung des heutigen Systems, Gemeinden richten Solidaritätsfonds ein	SR Attinghausen, SP Uri, LUR	Rest der Vernehmlassenden
3. <u>Kostenbeteiligung pro Einwohner/in</u> Kanton übernimmt die Kosten (unabhängig ob IV/nicht IV-Fall) und Gemeinden beteiligen sich pauschal pro Einwohnerin und Einwohner (Modell Solothurn)	Rest der Vernehmlassenden	GR Gurtellen, GR und SR Isenthal, GR und KreisprimarSR Seedorf, GR und SR Seelisberg, GR Spiringen, GR Unterschächen, SR Schattdorf, KSR Urner Oberland, KoBUR, stiftung papilio
4. <u>Prozentuale Beteiligung an Kosten</u> Keine Unterscheidung zwischen IV und Nicht-IV Fall: Kanton und Gemeinden beteiligen sich in einem bestimmten Prozentsatz	GR Bauen, SR Attinghausen, SP Uri	Rest der Vernehmlassenden
5. <u>Pauschale Beteiligung der Gemeinden</u> Heutiges System im IV Bereich wird auf den Nicht-IV Bereich ausgedehnt: Gemeinden beteiligen sich an Kosten mit Pauschale pro Fall	GR Andermatt, Hospental, GR Bauen, GR SR Bürglen, GR SR Seelisberg, GR Spiringen, GR Unterschächen, SR Andermatt, KSR Seedorf, KSR Urner Oberland, SP, SVP, KoBUR, stiftung papilio, LUR	GR SR Altdorf, GR Attinghausen, GR SR Erstfeld, GR Flüelen, GR Gurtellen, GR SR Isenthal, GR Realp, GS Schattdorf, GR SR Seedorf, GR SR Sisikon, GR Wasen, SR Attinghausen, SR Flüelen, SR Schattdorf, CVP, FDP, VSL

Lösung	eher positiv	eher negativ
6. <u>Die Gemeinden tragen alle Kosten, Ausgleich über Bildungs- und Sozillastenausgleich</u> Bildungslastenausgleich muss neu definiert werden	GR Bauen, SR Flüelen	Rest der Vernehmlassenden
7. <u>Kanton trägt Kosten der Heime, Gemeinden jene der Integrativen Sonderschulung (IS)</u> allenfalls wäre zu prüfen, ob die Gemeinden sich an den Heimen mit tiefer Pauschale beteiligen	GR SR Altdorf, GR Attinghausen, GR Bauen, GR SR Erstfeld, GR Flüelen, GR SR Isenthal, GR Realp, GR Schattdorf, GR SR Seedorf, GR SR Sisikon, GR Wasen, SR Schattdorf, KSR Seedorf	GR SR Bürglen, GR Gurtellen, GR SR Seelisberg, GR Spiringen, GR Unterschächen, SR Andermatt, SR Attinghausen, SR Flüelen, KSR Urner Oberland, CVP, SP, SVP, FDP, KoBUR, stiftung papilio, VSL, LUR

Positiv beurteilt wird vom Grossteil der Vernehmlassenden die Variante 3.

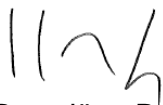
Zum weiteren Vorgehen

Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 30. Juni 2015 das Ergebnis der Vernehmlassung zur Kenntnis genommen. Er teilt die Meinung der Projektgruppe, dass ein neuer Vorschlag auszuarbeiten ist. Je nach Form des neuen Vorschlages wird die BKD eine zweite Vernehmlassung durchführen.

Wir danken Ihnen bestens für Ihre Mitarbeit im Rahmen der Vernehmlassung. Sie finden alle Unterlagen auf dem Internet unter www.ur.ch (Aktuelles – Vernehmlassungen).

Freundliche Grüsse

Bildungs- und Kulturdirektion



Beat Jörg, Regierungsrat

Geht an:

- Gemeinderäte
- Schulräte und Kreisschulräte der Volksschule
- Politische Parteien
- Konferenz der Behindertenorganisationen (KoBUR)
- stiftung papilio
- Vereinigung Schulleiterinnen und Schulleiter Uri (VSL)
- Verein Lehrerinnen und Lehrer Uri (LUR)

Kopie zur Kenntnis:

- Mitglieder des Erziehungsrats
- Gemeindeverband Uri